

Ottendorfer Zeitung

Lokalanzeiger und Anzeigebblatt für Ottendorf-Okrilla u. Umg.

Veröffentlichungstage: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend. Bezugspreis monatlich 1.10 RM einschließlich Frachtkosten. Im Falle höherer Gewalt (Störungen des Betriebes der Zeitung, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten) hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene mm-Zeile oder deren Raum 5 Pf. Alles weitere über Nachschlag u. m. laut aufliegender Anzeigenpreisliste. Anzeigenannahme bis 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages. Bei fernmündlicher Anzeigenannahme wird keine Gewähr für Richtigkeit übernommen. Bei Konkurs und Zwangsvergleich erlischt jeder Nachschlagsanspruch.

Diese Zeitung veröffentlicht die amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinde-Verhände zu Ottendorf-Okrilla und des Finanzamtes zu Radberg.
Hauptverleger: Georg Röhle, Ottendorf-Okrilla — Vertreter: Hermann Röhle, Ottendorf-Okrilla — Verantwortlich für Anzeigen u. Bilder: Hermann Röhle, Ottendorf-Okrilla
Postfachkonto: Leipzig 23148 Druck und Verlag: Hermann Röhle, Ottendorf-Okrilla. Girokonto: Ottendorf-Okrilla 133.

Nummer 55 Beruf: 231 Dienstag, den 11. Mai 1937 D. R. IV. 303 36. Jahrgang

Wieder ein Stück vorwärts in Sachsen

Eröffnung der Reichsautobahnstrecke Siebenlehn—Frankenberg

Wieder konnte im Gau Sachsen ein Stück des wertvollen des nationalsozialistischen Aufbaues vollendet werden, nämlich die 25 Kilometer lange Teilstrecke der Reichsautobahn der großen Ost-West-Verbindung Schleien—Rheinland-Süddeutschland, zwischen Siebenlehn und Frankenberg. Die Arbeiten an dieser Strecke brachten in der zweieinhalbjährigen Bauzeit Tausenden von sächsischen Volksgenossen Beschäftigung und Brot.

Die Betriebseröffnung wurde der Bedeutung des Geschehnisses wegen in feierlicher Form vorgenommen. An der Feier nahmen in erster Linie die mehr als 4000 an der Strecke beschäftigten Arbeiter teil sowie führende Männer aus Partei, Staat, Wehrmacht usw. Nachdem Reichsbahnoberrat Clausnitzer von der Obersten Bauleitung Dresden der Reichsautobahn dem Reichsstatthalter Ruffmann die Fertigstellung der Teilstrecke überreicht hatte, sprach dieser von dem gewaltigen Schaffen des Nationalsozialismus, das sich in harten Nöten diesen Bauwerken der Reichsautobahnen zeigt. Diese menschlichen Verdienste seien notwendig geworden, um die Leistungsfähigkeit der Industrie und der gesamten Wirtschaft zu erhalten und zu steigern. Der Reichsstatthalter sprach von der schweren Arbeit, die die Volksgenossen hier in Sonnenuhit und Kälte, bei Regen und Schnee als Opfer für die Gemeinschaft brachten, um für das neue Deutschland Werte zu schaffen.

Bei der Eröffnungsfahrt über die neue Strecke kam wieder einmal eindringlich die Schönheit der sächsischen Heimat zum Vorschein. Die Reichsautobahnen werden ohne Zweifel sehr viel dazu beitragen, daß das schöne Sachsen in verstärkter Weise das Ziel von Ausflügen und Urlaubsreisen werden wird, denn Sachsen ist ja an sich schon durch seine vorbildlichen Straßen in Europa bekanntgeworden.

Arbeit für linderreiche Bäter

Abschluß der rassepolitischen Tagung in Jittau
Den Abschluß der Arbeitstagung des Rassepolitischen Amtes in Jittau bildete die Großkundgebung, auf der in Vertretung des Staatsministers Paul Gausamtsleiter eine eingehende über die linderreichenbeiträgen und über die Maßnahmen zu Behebung der Arbeitslosigkeit linderreicher Familienbäter berichtete; von ihnen konnten 20 v. H. in Sachsen wieder in Lohn und Brot gebracht werden. Das sächsische Wirtschaftsministerium sei bemüht, die Arbeit des Rassepolitischen Amtes nicht nur zu unterstützen sondern sich in sie zu vertiefen und an der Lösung der Aufgaben mitzuarbeiten. Auch Gausamtsleiter Dr. R. R. hob die Notwendigkeit dieser Bestrebungen besonders hervor. Wenn das deutsche Volk seinen Leistungsstand behaupten wolle, müsse es dafür sorgen, daß seine wichtigsten und schätzbaren Mitglieder die meisten linder befähigen. — Reichsamtsleiter Dr. Groß führte unter anderem aus: Wenn wir Werte des Geistes, der Seele, des Glaubens gebunden sein lassen an die Kräfte der Erbschuld, dann werden wir nicht Geistes aus Stofflichem ab, sondern wir betonen damit die Einheit und Ganzheit des Lebens, das zu gleicher Zeit Leib und Seele, Geist und Stoff ist. Wenn wir von Rasse oder Blut sprechen, dann sprechen wir vom Leben, das sich in diesem immer nur in gebundener Gestalt und geordneter Form äußert. Das ist kein Materialismus und nicht, was die Grundlagen der Kultur antastet, sondern es ist der einfluss, um die Grundlagen einer wahren Kultur wieder herzustellen.

Unerhörte Vertuschungsversuche

Generalvikar von Trier bleibt wegen Verdachtes der Begünstigung unverurteilt
Die Verhandlungen in dem Sittlichkeitsprozeß gegen den 46jährigen katholischen Pfarrer Peter Bauer vor der Großen Strafkammer in Trier begannen am Montag, dem dritten Verhandlungstag, gespanntester Aufmerksamkeit. Auch dieser Tag brachte durch die Vernehmung des bischöflichen Generalvikars als Zeugen neues, sehr auskunftreiches Material hinsichtlich der unglaublichen Vertuschungsmanöver seitens der bischöflichen Behörden im Fall Bauer.
Von diesen unerhörten Vertuschungsversuchen sei zunächst ein Fall nachgetragen, der in der Vernehmung des bischöflichen Generalvikars als Zeugen vom bischöflichen Generalvikariat die Herausgabe der Personalakten des Angeklagten Bauer, Pfarrer der Gemeinde Weiden einfordert. Zu arger Ueberrumpfung

Die Untersuchung des Zeppelin - Unglücks

Rosendahl sagt aus

Als erster Zeuge in der Untersuchung über die Katastrophe des Luftschiffes „Hindenburg“ wurde der Kommandant der Marinestation Lahr, Kommander Rosendahl, von dem Ausschuss vernommen. Kommander Rosendahl, der als der hervorragendste Luftschiffachverständige der amerikanischen Marine und als der wichtigste der zu vernehmenden Zeugen gilt, beschrieb die Landungsmanöver des Luftschiffes, die seines Erachtens normal gewesen seien. Er bezeichnete die atmosphärischen Bedingungen während des Landungsmanövers als vollkommen zufriedenstellend; während des ganzen Landungsmanövers habe er nichts Außergewöhnliches bemerkt.

Zu dem Kernpunkt des Verfahrens, nämlich dem Ursprung des Feuers, erklärte Rosendahl, das erste, was er gesehen habe, sei eine kleine Flammengarbe über dem hinteren Schiffkörper gewesen. Er habe sofort das Gefühl gehabt, daß dies den Untergang des Schiffes bedeute; er wisse aber natürlich nicht, wie das Feuer entstanden sei. Nach der ersten kleinen Stichflamme sei das ganze Heck des Luftschiffes in Flammen aufgegangen. Er sei sehr überrascht gewesen, nicht mehr Explosionen in Verbindung mit diesem Brand gehört zu haben. Die schwachen Explosionen während des Brandes seien nach seiner Ansicht hauptsächlich der Aufzehrung des Luftschiffes durch Gasflammen anzuschreiben gewesen.

Kommander Rosendahl erklärte weiter, das Luftschiff habe bei dem Ausbruch des Brandes 200 Fuß (etwa sechzig Meter) Flughöhe gehabt; zu seiner Zeit habe es den Boden berührt. Die Landungsseile hätten vor dem Brand bereits vier Minuten auf dem Boden gelegen, so daß — nach Aussage Rosendahls — die Entladung statischer Elektrizität durch den Erdkontakt der Landungsseile als Brandursache praktisch ausscheidet.

Auf Befragen erklärte Rosendahl, die Vereinigten Staaten hätten praktisch das Weltmonopol für das nicht entzündbare Helium-Gas, dessen Verwendung durch Gesetz von 1925 und 1927 geregelt sei. (Diese Regelung bedeutet ein Regierungsverbot, Helium-Gas aus den Vereinigten Staaten auszuführen, Dr. Schriftta.)

erhielt die Staatsanwaltschaft darauf ein Schreiben des Generalvikars, in dem mitgeteilt wurde, daß ein Pfarrer Bauer in Marpingen (also ein ganz anderer Ortsname!) diesbezüglich unbekannt sei.

Auf eine Frage des Oberstaatsanwaltes während der Vernehmung des bishofs, ob es sich dabei um ein Versehen oder um den Versuch einer bewußten Irreführung gehandelt habe, gibt der bishof die merkwürdige Antwort, daß er überhaupt lieber gesehen hätte, wenn die Herausgabe der Akten rundweg abgelehnt worden wäre!

Diese eigenartige Auffassung in einem Fall, in dem es sich um die Ueberführung eines Jugendverderbers und notorischen Sittlichkeitsverderbers handelt, begründet er damit, daß er das Vertrauen des hinter ihm stehenden Klerus erhalten müsse, um zum „Segen“ seiner Diözese regieren zu können. Es braucht eigentlich gar nicht betont werden, daß kein Zeiter einer Behörde in Deutschland in der gleichen Lage so handeln würde. Wohin dieser Standpunkt des bishofs führe, sieht man nur allzu deutlich in diesem Prozeß.

Nach der Eröffnung des dritten Verhandlungstages teilte der Verteidiger des Angeklagten Bauer dem Gericht mit, daß sein Mandant eine Erklärung zu den Vertuschungen abgeben wolle.

„Ich kann mich“, so sagte der Angeklagte, „nachdem ich die einzelnen Zeugen bei ihrer Vernehmung gesehen und gehört habe, und mir alles wieder durch den Kopf gehen ließ, auch der Einzelheiten wieder erinnern.“ Mit etwas lauterer Stimme als am ersten Tag schloß er nun die einzelnen Vorkommnisse, die sich voll und ganz mit den Aussagen der Zeugen decken. Oberstaatsanwalt Dr. Hofmann läßt den Angeklagten befragen, ob er vor Eintritt in die Pfarrstellen von dem bishof in Trier empfangen worden sei.

Der Angeklagte bejaht dies in dem Fall der Pfarrstelle Landach, nicht dagegen im Fall Weiden. Im August 1932 habe ihn der bishof jedoch wegen der Vorkommnisse in Weiden rufen lassen und ihn ernstlich ermahnt.

Der Oberstaatsanwalt erklärt hierzu, der bishof habe bei seiner am Sonnabend unter Eid erfolgten Vernehmung erklärt, er könne sich nicht mehr erinnern, daß Bauer bei ihm gewesen sei.

Wilhelm von Meister, der Vizepräsident der Amerikanischen Zeppelin-Transport-Compagnie und Vertreter des Zeppelin-Luftschiffbaues für Amerika sagt aus, daß die Landungsvorbereitungen vom Luftschiff aus in etwa 45 Meter Höhe erfolgten. Das Luftschiff habe so gut wie stillgelegt. Meister bemerkte, nach dem Ablassen von Wasserballast ein hartes Licht in der oberen Finne, dann sei eine Flamme aus der Backbordseite herausgeschlagen und sofort stand das ganze Heck in Flammen.

Blomberg und Ribbentrop bei Krönungs-empfangen

Der Reichskriegsminister Generalfeldmarschall von Blomberg hatte am Montag dem englischen Kriegsminister Duff Cooper sowie dem britischen Generalstabchef Sir Cyril Deverell einen Besuch ab und folgte einer Einladung des Army-Council, des Rates der britischen Armee, die zu Ehren der militärischen Vertreter und der Delegierten der fremden Mächte ergangen war. Am Abend nahmen von Blomberg und von Ribbentrop am Staatsbankett der britischen Regierung für die ausländischen Abordnungen und Vorkämpfer teil. — Der Generalfeldmarschall und von Ribbentrop folgten auch der Einladung des Sprechers des englischen Unterhauses, der in seiner Dienstwohnung im Westminster-Palast einen Empfang gab, an dem sämtliche Krönungsabordnungen und die in London beurlaubten Vorkämpfer teilnahmen.

Dr. Goebbels in Mannheim

Reichsminister Dr. Goebbels traf am Montagabend zu einem kurzen Besuch in Mannheim ein. Beim Staatsempfang der badischen Staatsregierung erinnerte Dr. Goebbels daran, daß er in seiner Studienzeit oft in der Stadt gewohnt habe. Außerlich hat sich das Bild dieser Stadt fast nicht geändert. Nur die Menschen auf den Straßen zeigen eine wie große Wandlung vor sich gegangen ist. Es war aber nicht die Zeit, die die Menschen geändert hat, sondern die Menschen haben die Zeit geändert; das ist eigentlich das beängstigende Gefühl, das uns Nationalsozialisten erfüllen kann. Die hinter uns liegenden Jahre des Kampfes sind schwer und voller Entbehrungen für uns gewesen, sie waren aber auch die Lehrmeister für unsere heutigen Aufgaben.

Dann wird Generalvikar Dr. von Meurers vernommen. Als er, so beginnt der Zeuge, am 31. Oktober 1935 sein Amt als Generalvikar übernommen habe, habe er von den Verfehlungen des Bauer gehört und ihn ermahnt, am 2. November nach Trier zu kommen. Bauer sei einige Tage später dagewesen und er, der Zeuge, habe ihn über die bekannten sittlichen Verfehlungen in Weiden vernommen.

Der Oberstaatsanwalt stellt den Antrag, das Schreiben des Generalvikars vom 20. April 1936 zu verlesen, das bei der Vernehmung des bishofs von Trier eine Rolle spielte, und in dem er auf einen von der Staatsanwaltschaft schriftlich gestellten Antrag hin, die Personalakten des Pfarrers Bauer zu übersenden, antwortete.

Hierauf antwortet der Generalvikar, nach den kirchengehörigen Bestimmungen dürfe er kirchliche Akten nicht zur Verfügung stellen. — Auf diese Erklärung hin springt der Oberstaatsanwalt auf und bezeichnet den Inhalt des Schreibens vom 20. April 1936 als eine bewusste Irreführung und Täuschung. Die Ausführungen des Zeugen hätten die Bestätigung erbracht, daß wir einen Staat im Staat hätten. Der Zeuge betont nochmals, daß er solche Akten nicht habe herausgeben können. Er gibt aber zu, daß er sich in dem Schreiben etwas klarer und deutlicher hätte ausdrücken können.

Der Generalvikar behauptet hierzu, er habe tatsächlich „nicht gewußt“, wo die Akten gelegen hätten, und außerdem sei ihm nicht bekannt gewesen, wie viele Akten über Bauer überhaupt vorlagen. Hierauf stellt der Oberstaatsanwalt erneut den Antrag, den Generalvikar nicht zu verurteilen, weil durch die Vernehmung der drei Staatspolizeibeamten weiterhin bestätigt sei, daß der Zeuge durch den Inhalt des Schreibens vom 20. April 1936 Tatsachen kenne, die den Angeklagten Bauer verurteilten.

Das Gericht zog sich erneut zur Beratung über den Antrag zurück und verkündete nach Wiedereintritt in die Verhandlung, daß die Verurteilung des Zeugen, Generalvikar Dr. von Meurers, wegen Verdachtes der Begünstigung, unterbleibe.

